

# Calmer Tagblatt

Nr. 259.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Ercheinungsweise: 6 mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die kleinste Spalte 60 Pfg. Resten 2.— Ml. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100% — Fernspr. 8.

Freitag, den 5. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Ml. 12.00 vierteljährlich. Postbezugspreis Ml. 12.00 mit Bestellgeld. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

## Zur amerikanischen Präsidentenwahl.

London, 4. Nov. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlicht das definitive Resultat der amerikanischen Wahlen. Darnach hat Harding 391 Stimmen erhalten, Cox 140. Die Zeitung macht darauf aufmerksam, daß Harding selbst die Stimmen Daitons, des Wohnsitzes von Cox, erhalten hat. Das Ergebnis der amerikanischen Wahlen läßt sich dahin charakterisieren, daß die Sieger in den Wahlen unversöhnliche Gegner des Völkerbundes sind. Die amerikanische Geschäftswelt erwartet von Harding den sofortigen Friedensschluß und die Beseitigung aller Hindernisse im Geschäftsverkehr mit Europa, einschließlic Russlands. In den nächsten Monaten ist kaum eine Aenderung in der amerikanischen Lage zu erwarten. Immerhin muß Europa sich daran gewöhnen, daß das amerikanische Volk es satt hat, wenn man immer scheinbar an seinen Idealismus appelliert und in Wirklichkeit das Geld meint, das Amerika leihen könne. Das Endergebnis ist, daß Harding mit einer Majorität von 6 Millionen Stimmen einen Frieden in der Geschichte des amerikanischen Wahlkampfes aufgestellt hat. Die Tatsache, daß die Republikaner im Staate New York eine Million Mehrheit an Stimmen erhalten haben, bedeutet eine Sensation in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Besonders eindrucksvoll ist Hardings Sieg in Kalifornien, wo gleichzeitig über das gegen Japan gerichtete Ueberfremdungsgesetz abgestimmt wurde.

## Ein kalifornisches Ausnahmegesetz gegen Japan.

Amsterdam, 4. Nov. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus New York, bei der Abstimmung in Kalifornien habe sich eine große Stimmenmehrheit für das Gesetz ergeben, wonach Japaner keinen Grundbesitz erwerben dürfen. — Dieser Beschluß Kaliforniens ist heute sehr gefährlich und ist geeignet, die japanisch-amerikanischen Beziehungen noch weiter zu verschärfen.

## Aus Hardings Leben.

Der Senator Warren W. Harding, den die Republikaner auf den Präsidentenstuhl der Vereinigten Staaten gebracht haben, ist ein „Selbstmademann“ rein amerikanischen Charakters, und man kann sich kaum einen größeren Gegensatz zwischen zwei Persönlichkeiten denken als den, der zwischen ihm und Wilson besteht. Mit Harding wird der erste amerikanische Zeitungsmann Präsident der Vereinigten Staaten. Denn er ist Besitzer und Herausgeber des „Marion Star“, einer Zeitung in einer Stadt von 32 000 Einwohnern im mittleren Westen.

Aus ganz kleinen Anfängen ist er heraufgekommen. Geboren im Jahre 1855 als Sohn eines Landarztes, verbrachte er seine Jugend auf einer Farm und besuchte die Dorfschule bis zum 14. Jahre. Dann trat er in das Ohio Central College ein, auf dem er das Abschlußexamen bestand. Um sich die Mittel für diese Ausbildung zu verschaffen, nahm er jeden Verienst mit, der sich ihm bot, war als Erntearbeiter tätig und als Arbeiter bei Wegebauten, trieb Zäune an, war schließlich eine Zeitlang Schullehrer. Seine erste Betätigung mit der Druckerlehre, die dann in seinem Leben die Hauptrolle spielen sollte, machte er in der kleinen Druckerei seines Dorfes und bildete sich zu einem sehr tüchtigen Setzer aus. 1884 kaufte ihm sein Vater den „Star“ von Marion, damals ein kleines Wochenblatt von zwei Seiten Umfang. Trotz geldlicher Schwierigkeiten hat dann Harding in Jahren angestrengter Arbeit aus diesem winzigen Lokalblattchen eine Zeitung gemacht, die das einflussreichste Organ der ganzen Umgebung ist. Es ist sein Stolz, daß er an dieser Zeitung „jede Stellung eingenommen hat vom Druckerlehrling bis zum Herausgeber“.

„Obwohl Harding seit vielen Jahren im öffentlichen Leben steht und ein ebenso geschickter und überzeugender Redner ist,“ so sagt „einer, der ihn kennt“, in der „Daily Mail“ über ihn, „ist doch Senator Harding nicht in erster Linie Politiker. Man leugne seine politische Bedeutung, und sein Herz wird nicht brechen, aber man leugne die Bedeutung seiner Zeitung, und Inhalt und Glanz seines Lebens werden dahin sein.“

## Der Krieg im Osten.

**Die bolschewistische Offensive gegen Wrangel.**  
Moskau, 5. Nov. Der Heeresbericht besagt: An der Südfront dauert unser Angriff fort. In Melitopol erbeuteten wir drei unbeschädigte Panzerzüge, 18 (?) gebrauchsfähige Geschütze, 100 Wagen mit Geschossen, 25 Lokomotiven und über zwei Millionen Pud Brotkorn. In einer Kundgebung Trozkys vom 2. November heißt es: General Wrangel liegt in den letzten Zügen. Fünf Armeen haben ihn von allen Seiten umringt. Durch den letzten Ansturm der tapferen roten Regimenter ist der Feind von

den Landengen abgeschnitten worden und sucht hier in jeder Richtung einen Ausweg. Wrangel ist noch nicht vernichtet, aber sein Schicksal ist besiegelt. Dieser große Erfolg wird, falls er glücklich zu Ende geführt wird, uns bald den Zugang zur Krim verschaffen. Erst müssen aber die Hauptkräfte der Weißgardisten zersprengt werden. Durch einen energischen Schlag werden wir das Tor zur Krim öffnen. Die Krim, die bisher als Festung für die Gegenrevolution diente, wird für die letzten Weißgardisten zur Grabstätte werden. Unsere Erfolge an der Wrangelfront werden sofort auf unsere internationale Lage zurückwirken. Polen, das mit uns den Vorfrieden geschlossen hat, versucht mit Petljura, Sawinkow und Balachowitsch den Krieg gegen uns fortzuführen, die französische Börse versucht, den dienstfertigen Biljubi wieder in einen Kampf gegen uns zu verwickeln. Unsere Aufgabe ist es, das Weißgardistenregiment im Süden endgültig zu vernichten und die Träume der französischen Schacherer zum Scheitern zu bringen. Schließlich spricht Trozkys die Ueberzeugung aus, daß am 3. Jahrestag der Oktober-Revolution die Tore zur roten Sowjetrepublik Krim geöffnet sein werden.

## Ententeblockade gegen Sowjetrußland im Schwarzen Meer.

\* Paris, 5. Nov. Die in Paris erscheinende „Russ. R. N.“ teilen mit, die interalliierte Kommission in Konstantinopel habe beschlossen, die Blockade gegen Sowjetrußland im Schwarzen Meer zu errichten. — Dem Blatt muß die Verantwortung für diese Nachricht überlassen bleiben.

## Erbitterung im bolschewistischen Heer über die strenge politische Zensur.

Kopenhagen, 4. Nov. Die „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Nach Meldungen aus Moskau herrscht unter den bolschewistischen Truppen eine allgemeine Erbitterung über das Vorgehen der Mitglieder der außerordentlichen Untersuchungskommissionen. Die Sowjetbehörden befürchten infolgedessen eine Empörung der unzufriedenen Soldaten in Moskau.

## Der litauische Generalstabsbericht.

Kowno, 4. Nov. Im litauischen Generalstabsbericht vom 3. November heißt es: Nach Befehung von Giedraice durch die Litauer stellte sich heraus, daß am 31. Oktober und am 1. November durch die Stadt 500 verwundete Soldaten und mehrere getötete Offiziere befördert wurden, darunter ein polnischer General. Die Berichte des Seligowsky'schen Stabes über die Beteiligung freiwilliger Deutscher und Bolschewisten im litauischen Heere sind völlig erfunden. Die litauische Regierung hat die Deutschen, die die ostpreussisch-litauische Grenze überschritten, sofort zurückgeschickt.

## Polnische Ansprüche an Lettland.

Kowno, 4. Nov. Wie die Litauische Zeitung „Laisve“ mitteilt, verlangt Polen von Lettland für die polnische Anerkennung Lettlands „de jure“ das Versprechen, sich nicht in die polnisch-litauischen Angelegenheiten zu mischen. Außerdem wollen die Polen eine militärische Konvention zum Schutze der polnischen Interessen treffen. Schließlich soll Lettland Polen besondere Konzessionen in den Hafenstädten Libau, Riga und Windau auf 99 Jahre gewähren.

## Zur äußeren Lage.

### Die englisch-französischen Auseinandersetzungen über Deutschland.

Amsterdam, 4. Nov. „Westminster Gazette“ schreibt in einem Leitartikel über die in Frankreich herrschende Verstimmung gegen England u. a.: Die britische öffentliche Meinung billigt den Beschluß der britischen Regierung, auf eine eventuelle Beschlagnahme deutscher Vermögen zu verzichten und betrachtet ihn lediglich als das logische Ergebnis der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Deutschland. Man könne Deutschland nicht Elbst-Notbringen, Oberschleusen und, wenn es seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, das Ruhrgebiet nehmen und erwarten, daß Deutschland fortfahre, große Kohlenmengen abzuliefern oder so viel zu erzeugen, daß es damit der Wiedergutmachungsforde rung gerecht werde. — Die „Westminster Gazette“ ist das Organ des früheren Ministerpräsidenten Asquith.

### Frankreich und die Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

(WIB.) Stockholm, 4. Nov. Leon Bourgeois erklärte dem Pariser Vertreter der „N. Preßzentrale“, die Frage, ob die Generalversammlung des Völkerbunds in Genf sich mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund beschäftigen werde, stehe noch offen. In französischen Völkerbundstreifen wünschte man diese Frage jetzt nicht zu behandeln. Da die Wiedergutmachungsfrage noch nicht gelöst sei, würde die öffentliche Mei-

nung Frankreichs und Belgiens sich einstimmig weigern, Deutschland in den Völkerbund zuzulassen. Ein derartiger Antrag würde in Genf ernste Reibungen hervorrufen und die Existenz des Völkerbunds aufs Spiel setzen. — Um diesen „Völkerbund“ wäre es nicht schade.

### Frankreich verkauft die deutschen

### „Wiedergutmachungs“-Kohlen.

Haag, 3. Nov. „Het Vaterland“ bringt Mitteilungen über den Verkauf deutscher Wiedergutmachungskohlen durch Frankreich, das gar nicht wisse, wohin es mit den Kohlen solle. Das Blatt sagt, aus dieser ganzen Sachlage ergebe sich die Ungereimtheit der Deutschland in Spa aufgelegten Kohlenlieferungspläne. — Nach dem Friedensvertrag hat Deutschland die Kohlen zu liefern, die zur Wiederaufrichtung der französischen Industrie notwendig sind, nicht aber zum Weiterverkauf. Frankreich verkauft die deutschen Kohlen, die wir zum Inlandspreis liefern müssen, zum Weltmarktpreis und macht dadurch ein Riesengeschäft.

### Polen hält deutsche Güterwagen zurück.

Oppeln, 3. Nov. Seitens der Interalliierten Kommission sind bei der Warschauer Regierung dringende Vorstellungen auf sofortige Ablieferung der deutschen Güterwagen aus Oberschlesien erhoben worden. Die Interalliierte Kommission verließ dieser Vorstellung dadurch Nachdruck, daß sie im Weigerungsfalle die Einstellung der Kohlenlieferung in Aussicht stellte. — Die Güterwagen wurden mit durch den Friedensvertrag bedingten Kohlenlieferungen nach Polen gefandt.

### Die italienisch-südslawischen Beziehungen.

Mailand, 4. Nov. Nach dem „Popolo d'Italia“ werden sich Graf Sforza und Kriegsminister Bonomi am nächsten Sonntag nach Sani Margarita Liguria begeben, wo die Verhandlungen mit den jugoslawischen Delegierten stattfinden werden. Die Agentur Volta bestätigt, daß die italienische Delegation mit dem besten Willen zur Lösung der schwierigen Frage beitragen werde, aber auf nichts verzichten werde, was die durch die Waffenstillstandslinie geschaffene Verteidigung gefährden könnte. — Nach einer Mitteilung des „Avanti“ aus Trium hält man in Kreisen der dortigen Bürgerschaft daran fest, daß nur gesetzliche Wahlen über das Schicksal der Stadt entscheiden dürften.

## Ausland.

### Der Wiederaufbau des zerstörten Frankreich.

In der Sitzung der fünf Akademien in Paris am 20. Oktober hat der Präsident Fr. Flameng eine Rede über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete gehalten und dabei folgende Ziffern mitgeteilt: Von den 1 700 000 Hektar Boden, die zerstört waren, sind 1 070 000 Hektar wieder bearbeitet worden. 156 Millionen Kubikmeter Schützengräben sind zugeworfen, 203 Millionen Meter Stacheldraht entfernt worden. Von den 3903 zerstörten industriellen Anlagen konnten 3004 (= 77 Prozent) wieder in Betrieb gestellt werden; sie beschäftigten am 1. Juli ds. Js. 307 057 Arbeiter (= 42 Prozent der Vorkriegszeit von 729 000). Die Wiederherstellung der Textil- und Metallindustrie ist am weitesten vorgeschritten. Der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer geht wegen Mangels an Arbeitskräften und Materials, der Transportschwierigkeiten und anderer Hindernisse langsam voran. 300 000 Häuser waren vollständig, 277 500 Häuser zum Teil zerstört; 186 000 sind wiederhergestellt, außerdem sind 28 500 Baracken, 28 000 Holzhäuser und 16 000 Wohnhäuser gebaut worden, so daß von etwa 2 Millionen Obdachlosen 874 000 wieder eine Wohnung haben. Die Eisenbahn, von der 52 000 Kilometer Schienenweg, 538 Bahnhöfe und 1183 Kunstbauten zerstört waren, ist fast wieder hergestellt, so daß der Eisenbahnerverkehr wie 1914 funktioniert. Bis zum 23. Juni 1920 hat Frankreich aus eigenen Mitteln bezahlt: 4,372 Milliarden für Wiederherstellung der Eisenbahn, 4,692 Milliarden Unterstützung an die Bewohner der zerstörten Gebiete, 1,76 Milliarden Zuschüsse an die Kommunen, 9,308 Milliarden für Ausbesserung der Kriegsschäden, zusammen 20,132 Milliarden Franken.

### Die französische Bergarbeiterbewegung.

Paris, 3. Nov. (Havas.) In der am Dienstag vom Nationalausschuß des Verbands der Arbeiter unter Tage einstimmig angenommenen Erklärung wird bekannt gegeben, daß der Verband die länderweise Regelung der allgemeinen Grundsätze verlangt, welche den gemischten und örtlichen Kommissionen gestatten soll, die Lohnlisten zu revidieren. Nach diesen allgemeinen Grundsätzen sollen 1) in jeder Gegend die Vorkriegslöhne wieder hergestellt und im Verhältnis der verteuerten Lebenshaltung erhöht werden, 2) sollen die Lohnkategorien aufgehoben werden. Es wird bemerkt, daß zur jetzigen Stunde die oberen Ansätze der Vorkriegslöhne mit der Zinbziffer 6,80 multipliziert werden

hens  
Sattler  
a, geb. Faas,  
enzell.  
Hochzeit  
1920, im Gast-  
n, laden freund-  
tammheim,  
Calw.  
mmheim.

nd Bekannte zu  
ovember 1920,  
Feier  
ter freundschaft  
er,  
kermeister, hier.  
r,  
Bauer, hier.  
besonderen Ein-

h.  
bung.  
Freunde und  
den 6. Novem-  
Feier  
Zahlen freund-  
er,  
auer in Zahlen.  
er,  
er in Calmbach.  
enzell.  
besonderen Ein-

Rammeter  
Stockholz  
verkauft  
Carl Schauble,  
Stammheim.  
ältere, 24 Wochen  
schwere  
Milch-  
Rub  
Verkauf aus.  
Wolf Raich, Insel.  
Breitenberg.  
4 Paar 6 Wochen  
s Freisen gewöhnliche  
Milch-  
schweine  
ausen.  
H. Schuhmacher.

Sehe  
4 Lege-  
Hühner  
kauf aus. Wer, sagt  
häftstelle des Blatt.

Tollen, daß man aber die Anwendung dieser Art als unmöglich anerkennt, sich mit der Anwendung des Artikels 5 begnügt und sich zur Diskussion über dessen Anwendung bereit erklärt. Der Verband beschließt, die Frist für die Einleitung der Diskussion auf den 14. November festzusetzen und im Falle der Weigerung der Arbeitgeber die allgemeine Einstellung der Arbeit sämtlichen Verbänden der Untertagarbeiter Frankreichs am 15. November zu empfehlen.

(W.T.B.) Paris, 4. Nov. Der Nationalrat der französischen Bergarbeiter, der gestern seine Beratungen beendet hat, hat einen Aufruf an die gesamte französische Arbeiterschaft und die öffentliche Meinung gerichtet, in dem die Bergarbeiter ihre Forderungen damit rechtfertigen, daß eine große Anzahl unter ihnen bei der heutigen Bezahlung ein elendes Dasein fristen müßten. Würde am 15. November die Kohlenförderung in ganz Frankreich unterbrochen, dann wisse das Land, wen die Verantwortung dafür treffe.

**Die Passiva des englischen Arbeiterstreiks.**  
(W.T.B.) London, 4. Nov. Der Verlust an Kohlen infolge des Streiks der Bergarbeiter beträgt 14 Millionen Tons. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter hat 2 Mill. Pfd. Sterling an Streikunterstützung gezahlt. Der Verlust an Lohn der Bergarbeiter beträgt 15 Mill. Pfd. Sterling.

**Gegen die Zerstörungsaktionen der englischen Truppen in Irland.**  
London, 3. Nov. (Reuter.) Der Generalinspektor der irischen Polizei Smith ist zurückgetreten. Die „Daily Mail“ meldet, sein Rücktritt sei darauf zurückzuführen, daß er die undisziplinierteren Aktionen und Eigentumszerstörungen der bewaffneten Streitkräfte der Krone nicht billige.

## Deutschland.

**Zum Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.**  
Berlin, 3. Nov. Wie die „V. Z. am Mittag“ erfährt, ist das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vom Wirtschaftsausschuß des Reichskabinetts fertig gestellt und wird wahrscheinlich schon in den nächsten Tagen dem Reichstag durch den Reichswirtschaftsminister mitgeteilt werden. Der Gedanke der Reichswirtschaftsbank ist in dem neuen Gesetzentwurf fallen gelassen und es werden andere Mittel vorgeschlagen, die dem gleichen Zwecke dienen sollen. Wie die „V. Z.“ ferner hört, ist die Vorlage über die Einziehung des Reichsnotopfers fertiggestellt und wird voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag dem Reichstag zugehen. Sie sieht die schnelle Einziehung eines beträchtlichen Teiles des Reichsnotopfers vor, doch dürfte die Zahlung des Betrages in 2 Teilen gestattet werden.

### Der 9. November in Hessen.

Darmstadt, 4. Nov. Das Gesamtministerium hat beschlossen, hinsichtlich der diesjährigen Feier des 9. November das bisherige Verfahren anzuwenden wie bei der diesjährigen Kaiserfeier. Es wird also Beamte und Staatsbedienstete, die den 9. November feiern wollen, für diesen Tag beurlauben. Die Minderheit wahrte ihre abweichende politische Stellung.

### Arbeiterausreitungen gegen Landwirte.

Grünberg i. S., 3. Nov. Den Blättern zufolge verammelten sich gestern während einer Sitzung des Reichswirtschaftsverbandes Arbeiter vor dem Lokal. Nachdem eine Anordnung den Bauern über die hohen Preise Vorwürfe gemacht hatte, drang die Menge in den Saal ein und schleppte die Landwirte auf einen Wagen, der mit Schilbarn, die Aufschriften trugen: Wir sind die Wucherer und dergleichen, umgehängt war. Die Pferde des Wagens wurden angespannt und die Bauern unter Mißhandlungen gezwungen, den Wagen, auf den sich Arbeiter gesetzt hatten, zu ziehen. Schließlich wurden die Landwirte wieder freigelassen. Polizei schritt nicht ein.

### 32000 Kubikmeter Gas ausgebrannt.

Königsbrunn, 3. Nov. Gestern Abend ist die 2 Kilometer lange Gasleitung von Bismarckhütte nach Kleophas-Grube ausgebrannt. 32000 Kubikmeter Gas sind ein Raub der Flammen geworden. Es wird Brandstiftung angenommen, da das Hauptrohr an verschiedenen Stellen durchgesägt war. Sieben Feuerwehrleute und drei beim Löschen tätige Hilfspersonen mußten wegen Gasvergiftung nach dem Krankenhaus geschafft werden.

### Brand des Döberitzer Proviantamts.

Berlin, 5. Nov. Das Großfeuer im Döberitzer Proviantamt ist durch Brandstifter angelegt worden. Die in der Nähe des Proviantamts gelegenen großen Heuschuber sind durch aus Leuchtziffern abgehoffene Leuchtflugeln in Brand gesetzt worden. Es sind bei dem Brand Lebensmittel und Bekleidungsstücke im Werte von etwa 30 Millionen Mark, die für eine ganze Division ausreichend waren, vernichtet worden.

### Der Fall des Dichters Kaiser.

Berlin, 4. Nov. Zum Falle Kaiser wird der „V. Z.“ aus München gemeldet, daß er aus der von ihm gemieteten Villa Einrichtungsgegenstände im Werte von 30000 bis 50000 Mark verkauft haben soll. Einen Kommerzienrat soll er um 120000 Mark geschädigt haben. Kaiser wird der Beihilfe in anderen Fällen und des Diebstahls einer Drochle gelegentlich eines Besuchs beschuldigt.

## Vermischtes.

### Ein französisches Blatt über die Lage im Ruhrgebiet.

(W.T.B.) Paris, 5. Nov. „Populaire“ erklärt, die gestern Abend von einigen französischen Blättern verbreitete Nachricht, der holländische Gewerkschaftler Fimmen habe sich dahin geäußert, daß die gewerkschaftliche Internationale dem Grundgedanken der Besetzung des Ruhrgebiets zugestimmt habe, sei falsch. Fimmen könne sich niemals in dieser Weise geäußert haben. Im

übrigen sei das Blatt berechtigt, schon heute zu erklären, daß die Gewerkschaftskommission, die jetzt eine Studienreise durch das Ruhrgebiet unternimmt, von dem Stand der Arbeiter im Ruhrgebiet sehr ergriffen worden sei.

### Was ist mit den Schwaben im bisherig. Ungarn?

Die Zerstückelung des Königreichs Ungarn hat auch die Zerreißen der Diözesen in Südbosnien mit sich gebracht; von den etwa 900000 katholischen Schwaben des Banats und des Bacskas sind etwa 500000 nach Rumänien, der Rest nach Jugoslawien gekommen. Diese Schwaben und die in Syrmien, die vor etwa 150 Jahren dort eingewandert sind und das in Folge der jahrhundertelangen Türkenkriege völlig verwüstete Land der Kultur und dem Christentum zurückgewonnen haben, wollten von deutschen Geistlichen geleitet werden, was bis jetzt nur selten der Fall war. Die deutsch-schwäbische Bevölkerung ist tief religiös. Sie fordert einen deutschen katholischen Bischof für jedes Staatsgebiet und ein deutsches Priesterseminar. Um dieses zu erreichen, brauchen sie die Unterstützung der Katholiken Deutschlands, weniger in finanzieller Beziehung, da sie im allgemeinen wohlhabend sind, als durch die großen Vereine, die den Schutz der Deutschen im Ausland zum Ziel haben.

### Einwanderer-Fürsorge in Amerika.

Die Einwanderung in Amerika ist wieder in Blüte; im August ds. Jrs. sind allein 100000 neuangekommene Einreisende zu verzeichnen gewesen. Da davon mindestens 70 Prozent Katholiken sind, sollen jetzt in den verschiedenen Hafenstädten Schiffsmissionen (nach Art der Bahnhofsmission) geschaffen werden, die den Neuankommenden mit Rat und Tat an die Hand gehen.

### Alt und neu.

Nicht um das Neue nur bekümmert euch zu sein, Das blind hinein sich wirft in fremder Zukunft Meer. Das Alte pflegt und ehrt und laßt euch nicht entgleiten: Fruchtbar den Grundbesitz im Wirbelsturm der Zeiten.

Hans v. Wolzogen.

## Vom Rathaus.

### Die Frage der Bekämpfung der Wohnungsnot.

Zu Anfang der gestrigen öffentlichen Sitzung des Gemeinderats unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner trug der Vorsitzende ein Gesuch von Wohnungsuchenden um Ergreifung wirkungsvollerer Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot vor. Das Gesuch ist das Ergebnis einer Versammlung von 23 Wohnungsuchenden, in der zum Ausdruck kam, daß es nicht verstanden werde, wenn eine Anzahl von Wohnungsuchenden keine Wohnung erhalte, weil einzelne Hausbesitzer vollständige Wohnungen leer stehen lassen, oder an Handlungshilfen vermieten. Eine Anzahl Wohnungen sei sofort bezugsbar. Auch in verschiedenen staatlichen Gebäuden könnten Wohnungen eingebaut werden. Die Unzufriedenheit und Erbitterung werde immer größer, wenn nicht in größerem Umfang Wohnungsgelegenheiten beschafft würden. Es wurde dann vorgeschlagen, daß bei den obengenannten Hausbesitzern energisch vorgegangen werde; denn es gehe nicht an, daß Familien mit Wohnungsgelegenheiten verschwenderisch umgehen, während andere zusammengepfercht und getrennt leben müssen. Wie der Vorsitzende feststellte, sind 4 von den Versammlungsteilnehmern neu verheiratet, 4 wollen heiraten, und 11 haben eine Wohnung. Einer der Versammlungsteilnehmer sei inzwischen in die Wohnungskommission aufgenommen worden, und habe dabei wohl Gelegenheit gehabt, zu beobachten, daß über die Schaffungsmöglichkeit von Wohnungen viel irtümliche Vorstellungen bestehen. Es sei ganz richtig, daß noch manches zu machen sei. Es müsse aber der Grundfals aufgegeben werden, in fremden Häusern nichts einzubauen. Nach der neuesten Aufstellung betrage die Zahl der Wohnungsuchenden gegenwärtig 60, wobei Wohnungsuchende, die eine Wohnung haben, aber eine größere oder bessere brauchen, nicht eingerechnet sind. Von diesen 60 Fällen sind 16 dringend, 24 einigermaßen notwendig und 20 nicht dringend. Die Größe der Wohnungsnot in Calw sei nicht nur aus den Zahlen ersichtlich, teilweise seien es besonders die Wohnverhältnisse, die ganz traurig seien, wie beispielsweise die Unmöglichkeit die Möbel unterzubringen, sobald das gedrängte Zusammenwohnen, das Anzutraglichkeiten in den Familien herbeiführe. Der Vorsitzende machte nun folgende Vorschläge: Die Wohnungsbeschlagnahmen seien schon bis zu gewissem Grade erschöpft, es sollten aber doch noch Mittel dazu städtischerseits bereitgestellt werden. Radikale Abhilfe könnten eigentlich nur Neubauten schaffen. Durch Privatbauunternehmen sei allerdings zurzeit nichts zu erreichen, da die Kosten zu hoch, wodurch eine Verzinsung nicht ermöglicht werde. Auch für die Stadt sei das Errichten von Neubauten nach den seitherigen schlimmen Erfahrungen nicht anzuraten, wenn man beachte, daß erst kürzlich das Schiedsamt hiesige Zinnungspreise um 30 Prozent zu hoch gefunden habe. Stuttgart habe den Eigenbau auch vorläufig aufgegeben. Am ehesten kämen wohl **Gesellschaften, Bau- oder Siedlungsgenossenschaften** in Betracht, die durch Reich, Staat und Gemeinde entsprechend unterstützt würden, die geplante Mietertragssteuer, die 15 Prozent betragen solle, könne dafür benötigt werden. Der Ertrag einer Stadt in der Größe Calws betrage aber bei einem solchen Prozentsatz etwa 70000 M., wovon 2 Dreizimmerwohnungen erstellt werden könnten. Wenn man also der Wohnungsnot auf diesem Wege abhelfen wolle, müßte man 50 bis 60 Prozent erheben, wogegen sich die Mieter wehren würden. Im übrigen sei diese geplante Steuer schon für Jahre durch die seitherigen Ausgaben für Bauvorhänge vorweggenommen. Was die Erstellung eines Hauses in Freudenstadt um 35000 M. anbelangt, dessen Belichtung durch Vertreter der Stadt er

empfehle, so handle es sich um eine Dreizimmerwohnung, die also einen Zins von 2100 M. erfordere. Man müsse eben überhaupt mit einer Steigerung der Mieten rechnen, wenn wieder normale Bautätigkeit einsetzen solle. Eine Unterstützung von Siedlungsvereinen und Baugenossenschaften seitens der Stadt könnte natürlich nur in Aussicht gestellt werden, wenn erstere eine lebensfähige Grundlage aufweisen. Die Stadt könne Bauplätze billig abgeben. Der Calwer Hof würde sich für großzügige Siedlungen eignen, Schwierigkeiten biete die Hinausschaffung von Material, die das Bauen bedeutend verteuern würde. In dieser Hinsicht wäre die Schleife an der **Mitburger Steige** geeigneter, auch wären dort Wasser, Gas, Elektrizität und gute Straßenverhältnisse vorhanden. Holz könnte zu 80 Prozent des Taxpreises abgegeben werden, was im Hinblick darauf, daß heute etwa 300 Prozent erzielt werden, eine große Vergünstigung darstellen würde. Auch Schotter könnte geliefert werden. Selbstverständlich müßten auch Reichsdarlehen gesordert werden. Ein weiterer Weg wäre die Vereinigung von Bauhandwerkern der Stadt zum Wohnungsbau, die die gleiche Unterstützung erfahren sollten. Flachsenmeister Essig als Vorstand des Gewerbevereins habe eine Behandlung dieser Frage durch die beteiligten Kreise zugesagt. Zusammenfassend stellte der Vorsitzende dann den Antrag, zunächst 60000 M. zum Einbau weiterer Wohnungen zu bewilligen, weiter grundsätzlich die Geneigtheit auszusprechen, Genossenschaften, Vereinen von Wohnungsuchenden oder Handwerkerbauvereinigungen billiges Land und Material zur Verfügung zu stellen, sowie für möglichst billige Zuleitung von Wasser und Elektrizität zu sorgen und die Gesuche derartiger Vereinigungen um Gewährung von Reichsdarlehen zu befürworten. Eine gemeinderätliche Kommission solle sich dann mit allen in der Förderung des Wohnungsbaus tätigen Organisationen ins Benehmen setzen, und namentlich auch in bezug auf die Frage der Schaffung geeigneten Baugeländes vorbereitende Arbeit leisten.

In der nachfolgenden eingehenden Erörterung erklärte das Mitglied der Wohnungskommission, G.R. Wegel, es könnten durch nicht allzu teure Einbauten noch 20 bis 30 Wohnungen erschlossen werden; allerdings habe sich auch der Vertreter der Wohnungsuchenden bei der Besichtigung überzeugen müssen, daß die Erschließung neuer Wohnungen nicht so rasch erfolgen könne, wie es wünschenswert wäre. G.R. Perrot meinte, es wären hier manche junge Männer, die bei praktischem Zusammenarbeiten (nach Arbeitschluss) sich selbst Häuser erstellen könnten. G.R. May wünschte, daß zuerst an den Einbau in städt. Gebäuden gegangen würde. Dann müßten durch energisches Durchgreifen auch in andern Häusern Wohnungsgelegenheiten geschaffen werden, wobei freilich die Bedrohung von Existenzen vermieden werden müsse. Die Herstellung von Häusern durch Wohnungsuchende Baufachleute komme hier wohl kaum in Frage, und andere Berufsarbeiter seien dafür nicht geeignet. Man müsse auch diejenigen Interessenten berücksichtigen, die in heimatlichem Alter stehen, schon auch aus sittlichen Gründen, ebenso aus hygienischen Gründen Wohnungsuchende, die derzeit in geradezu unwürdigen Wohnverhältnissen leben müßten. Gegenüber den Gerüchten und Vorwürfen, als würden gewisse Personen bevorzugt, stellte der Vorsitzende fest, daß die Besorgung der Wohnungen entsprechend der Anmeldung geschehe, und daß noch eine große Anzahl von Beamten ohne Wohnung sei. Bevorzugt werde niemand. Auch G.R. Staudenmeyer stellte fest, daß sich die Stadt nicht mehr länger der Pflicht der Beschaffung weiterer Wohnungsgelegenheiten entziehen könne. Den Handwerkern könne man natürlich nicht zumuten, daß sie Bauten herstellen, für die sie nicht einmal die Verzinsung aufbringen, wenn auch betont werden müsse, daß die Zinnungspreise vielfach zu hoch seien, und auch in Handwerkerkreisen zu hoch bedenklich würden. Da durch Einbauten nicht alle Ansprüche erfüllt werden könnten, so müsse man die Siedlungsgesellschaften in jeder Weise unterstützen. G.R. Sannwald wies darauf hin, daß das Kollegium aus der Bürgererschaft immer Vorwürfe erhalte, wenn die Kostenvoranschläge überschritten würden, es sollten deshalb auch jedesmal die Abrechnungen vorgelegt werden. Die Bautätigkeit werde auch durch die Niedrighaltung der Mietpreise beschränkt. Die billigste Bauweise würde durch gewissermaßen fabrikmäßige Herstellung erreicht, d. h. durch gleichzeitigen und gleichartigen Bau mehrerer Häuser. Bei der Siedlungs- und Bautätigkeit müsse die Stadt mitwirken, und sich und Stimme haben. G.R. Störz wies auf die derzeitigen ungesunden Verhältnisse hin, deren Folgen durch vermehrten Wohnungsbau entgegengetreten werden könne. Dem Antrag von Stadtbaumeister Herzholzheim er, im Hinblick auf den riesigen Arbeitsanfall beim Stadtbauamt einen Techniker vorübergehend anzustellen, da sonst eine geordnete Ausführung der Aufträge nicht möglich sei, wurde allgemein zugestimmt. Zum Schluß wurden die Vorschläge des Vorsitzenden angenommen, und in die Kommission, die zunächst mit den Interessenten in Verbindung treten soll, Stadtschultheiß Göhner, sowie die Gemeinderäte Baechle, May, Sannwald, Staudenmeyer, Stüber und Wegel gewählt. — (Schluß des Sitzungsberichts morgen.)

## Aus Stadt und Land.

Calw, den 5. November 1920.

### Ständchen.

Der Lieberkrantz brachte unter Leitung seines Dirigenten, Rektor Beutel, am Dienstag Abend seinem aktiven Mitglied Ulrich Hennefarth anlässlich seiner silbernen Hochzeit ein Ständchen. Der Vorstand übermittelte in einer herzlichen Ansprache die Glückwünsche der Vereinsmitglieder. Die Stadtmusik brachte Herrn Hennefarth am Sonntag nachmittags ebenfalls ein Ständchen.

Ueber  
fische  
stimmung  
Schulver  
wird. D  
Zeder de  
trauensle  
mit dem  
soll erst

Au  
der Gipf  
einer F  
wurde w  
bestimmt  
verkehr  
Anschl  
lich her  
sind nach  
Entscheid  
gefallen.

(G  
In den  
für W  
Der Ma  
Organis  
bisherige  
Zeiten.  
Schaffen  
tung der  
Tagung  
Den Ges  
stete Ge  
streift si  
vereine  
sten Fin  
nährung  
macht, h  
landwirts  
wurden  
haben d  
durchgeb  
wird, de  
nicht m  
preise a  
punkt, k  
möglich  
handel  
Antrag  
mer. A  
dadurch  
die Lar  
und sch  
verlang  
machen.  
doch au  
verlang  
die so u  
Zwangs  
haben, i  
daß wie  
men, da  
der Loh  
nehmer  
den, na  
wiesene  
nicht du  
sodann  
neuen  
der land  
näher  
schafts  
Bort d  
und der  
Bauern

(G  
junger  
Zug ge  
(G  
Althaus  
an Min  
Zentner  
gegeben  
für das  
Nutm  
Die  
ist trock

(G  
die 22.  
Anträge  
Strafver  
Beleidig  
Ein  
ten ein

(G  
die 22.  
Anträge  
Strafver  
Beleidig  
Ein  
ten ein

(G  
die 22.  
Anträge  
Strafver  
Beleidig  
Ein  
ten ein

(G  
die 22.  
Anträge  
Strafver  
Beleidig  
Ein  
ten ein

(G  
die 22.  
Anträge  
Strafver  
Beleidig  
Ein  
ten ein

(G  
die 22.  
Anträge  
Strafver  
Beleidig  
Ein  
ten ein

immerwohnung, die  
n müsse eben über  
en rechnen, wenn  
Eine Unterstü-  
tenschaften seitens  
stellt werden, wenn  
ien. Die Stadt  
wer Hof würde  
wierigkeiten biete  
Bauen bedeutend  
ie Schleife an der  
ort Wasser, Gas,  
vorhanden. Holz  
eben werden, was  
entzert werden,  
e. Auch Schotter  
süften auch Reichs-  
beg wäre die Ver-  
um Wohnungsbau,  
Flaschnermeister  
abe eine Behand-  
je zugesagt. Zu-  
dann den Antrag,  
Wohnungen zu be-  
auszusprechen, Ge-  
nden oder Hand-  
Material zur Ver-  
Zuleitung von  
Gesuche derartiger  
arbeiten zu befür-  
olle sich dann mit  
tätigen Organi-  
ich auch in bezug  
geländes vorberei-

terung erklärte  
R. Wegel, es  
noch 20 bis 30  
habe sich auch der  
Befähigung über-  
Wohnungen nicht so  
wäre. R. Per-  
Männer, die bei  
schluß) sich selbst  
hte, daß zuerst an  
de. Dann müßten  
n Häusern Woh-  
n freilich die Be-  
üsse. Die Herstel-  
aufschleute komme  
sarbeiter seien da-  
gen Interessenten  
sehen, schon auch  
en Gründen Woh-  
rdigen Wohnver-  
erüchten und Vor-  
zucht, stellte der  
Wohnungen ent-  
noch eine große  
Bedorzugt werde  
stelle fest, daß sich  
Beschaffung wei-  
e. Den Handwer-  
ß sie Bauten her-  
aufung aufbringen,  
nnungspreise viel-  
kreifen zu hoch be-  
alle Ansprüche er-  
lungsgesellschaften  
d wies darauf-  
immer Vorwürfe  
ritten würden, es  
gen vorgelegt wer-  
Niedrighaltung der  
würde durch ge-  
d. h. durch gleich-  
er. Bei der Sied-  
wirken, und sich  
auf die derzeitigen  
durch vermehrten  
ne. Dem Antrag  
n Hinblick auf den  
en Techniker vor-  
Ausführung der  
zugestimmt. Zum  
den angenommen,  
den Interessenten  
höher, sowie die  
taubenneyer, Stü-  
s Sitzungsberichts

### Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Ueber die Abstimmungsreise nach Oberschlesien ist die „Vofische Zeitung“ in der Lage, mitzuteilen, daß jeder Abstimmungsrechtige kostenlos mit einem besonders vom Deutschen Schutzbund ausgestellten Fahrschein hin und zurück befördert wird. Die Reisenden werden nach ihren Geburtsorten verteilt. Jeder der Transportzüge hat einen Transportführer, dem Vertrauensleute zur Seite stehen. Ferner ist jedem Zuge ein Arzt mit dem nötigen Pflegepersonal zugeteilt. — Die Abstimmung soll erst im März stattfinden.

### Fahrplankonferenz.

Auf 1. November hat der Reichsverkehrsminister Vertreter der Eisenbahnverwaltungen von sämtlichen deutschen Staaten zu einer Fahrplankonferenz einberufen. Für den Ort der Konferenz wurde wegen der außerordentlichen Hotelnot in Berlin Leipzig bestimmt. Die Konferenz soll den gesamten deutschen Eisenbahnverkehr nach Möglichkeit einheitlich ausgestalten und wichtige Anschlüsse an die großen durchgehenden Eisenbahnlinien einheitlich herstellen. Auch die internationalen Fahrplankonferenzen sind nach Tjähriger Pause wieder aufgenommen worden. Eine Entscheidung über die Teilnahme Deutschlands ist noch nicht gefallen.

### Bauerntag.

(S. B.) Ravensburg, 4. Nov. Zwölf Bauern tagungen will in den kommenden Wochen der Landwirtschaftl. Hauptverband für Württemberg und Hohenzollern im ganzen Lande abhalten. Der Massenandrang zu der ersten Bauern tagung hier mag der Organisation und ihren Führern eine Anerkennung sein für ihre bisherige Arbeit und ein Ansporn für die kommenden schwierigen Zeiten. Anstelle des verunglückten Rechnungsrats Wolfarth-Schuffenried hatte Domänenpächter Hagmann-Ganterhof die Leitung der Versammlung. Oberbürgermeister Reichle entbot der Tagung namens der Stadt Ravensburg herzlichen Willkommen. Den Geschäftsbericht des Landwirtschaftl. Hauptverbands erstattete Geschäftsführer Bräuninger-Stuttgart. Das Arbeitsfeld erstreckt sich auf 63 württembergische und 7 hohenzollerische Bezirksvereine mit zusammen 150 000 Mitgliedern. Eine seiner wichtigsten Funktionen liegt in der Teilnahme an den Sitzungen im Ernährungsbeirat. Der Hauptverband habe es sich zur Aufgabe gemacht, hier die anderen Berufe über die Schwierigkeiten in der landwirtschaftlichen Produktion aufzuklären. Vor 1½ Jahren wurden uns die Preise noch von der Regierung diktiert, heute haben wir es wenigstens auf die Indexzahlen gebracht. Wir haben diese Forderung jahrelang gestellt und erst in letzter Zeit durchgedrückt. Wir haben ferner erreicht, daß derjenige Landwirt, der seiner Vieherhaltungspflicht in Getreide nachgekommen ist, nicht mehr an den Wahrscheinlichkeiten gebunden ist. Was die Viehpreise anlangt, so vertritt die Regierung gegenwärtig den Standpunkt, daß sie zurückgekehrt werden müssen. Es ist uns nicht möglich, auf eine derartige Forderung einzugehen; der Schleißhandel würde stärker als je einfehlen. Wir haben deshalb diesen Antrag abgelehnt. Die Milchpreise machen uns selbst viel Kummer. Die eigenen Leute sind uns hier in den Rücken gefallen dadurch, daß sie die alten Preise beibehielten. Dies waren meist die Landwirte, die sich immer den Versammlungen fernhielten und schon jahrelang die Milch hintenherum verkauften. Jetzt verlangt man von uns, daß wir Produktionsberechnungen machen. Abg. Adorno hat dazu mit Recht gesagt, man möchte doch auch einmal von den industriellen Produktionsberechnungen verlangen. Es hat sich auch gezeigt, daß gerade jene Landwirte, die so viel auf Schleißwegen verkaufen, behaupten, daß sie die Zwangswirtschaft nicht geniere. Nachdem wir nun die Preise haben, für die wir schon lange kämpften, ist es unsere Pflicht, daß wir getreu und gewissenhaft abliefern. Zu dem Unangenehmen, das der Hauptverband unseren Landwirten brachte, gehört der Lohnzins. Wir waren dazu gezwungen, da auch die Arbeitnehmer sich organisiert hatten. Es soll ein Gesetz geschaffen werden, nach dem der Landwirt nur die ihm vom Arbeitsamt zugewiesenen Dienstmoten einstellen kann. Dieses Gesetz wird aber nicht durchführbar sein. Gutsbesitzer Mayer-Bommertswiler hielt sodann einen Vortrag über die Stellung der Landwirtschaft im neuen Staat, Diplolanwalt Hummel-Stuttgart über Düngung der landwirtschaftlichen Kulturpflanzen und Beseitigung der Ernährungsrisiko. Dann sprach Dr. Grammer-Rottweil über wirtschaftspolitische Tagesfragen. In der Aussprache kamen zum Wort der Präsident der Landwirtschaftskammer, Abg. Adorno, und der Zentrumsabgeordnete Rins, der an den Gemeinfinn der Bauern appellierte.

(S. B.) Nagold, 4. Nov. Aus Schwermut hat sich hier ein junger Mann auf das Eisenbahngleis gelegt. Er wurde von dem Zug getötet.

(S. B.) Niederstetten, M. Mergentheim, 3. Nov. In Althausen wurden 32 Zentner Kartoffel gesammelt zur Abgabe an Minderbemittelte in Mergentheim, die nur 10 M. für den Zentner bezahlen müssen. Außerdem wurden unentgeltlich abgegeben 35 Zentner für das Diakonissenhaus Hall und 30 Zentner für das Karl Olga-Krankenhaus in Stuttgart.

**Mitmaßliches Wetter am Samstag u. Sonntag.**  
Die Störungen gleichen sich aus. Am Samstag und Sonntag ist trockenes, mäßig bedecktes und kühles Wetter zu erwarten.

### Landtag.

#### Generaldebatte zum Staatshaushalt.

(S. B.) Stuttgart, 3. Nov. Präsident Walter eröffnet die 22. Sitzung mit Bekanntgabe von Einkäufen, darunter zwei Anträge der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen Einleitung eines Strafverfahrens gegen den Abg. Schuler (U. S. P.) u. a. wegen Beleidigung der Mitglieder des Straffenats.

Ein Schriftführer verliest sodann im Auftrag des Präsidenten ein längeres Schreiben der Bürgerpartei und des Bauern-

bundes mit einem Antrag an den Reichsgerichtshof des Deutschen Reiches wegen dreier Verfassungsstreitigkeiten zwischen ihnen einerseits und der würt. Regierung und dem Regierungsblok andererseits auf Entscheidung. Es handelt sich um Streitigkeiten über die Auslegung der Geschäftsordnung des würt. Landtags, die als ein Bestandteil des Verfassungsrechts anzusehen sei. Es liege eine rechtswidrige Verletzung vor, so daß es der Fraktion des B. V. und der U. S. P. unmöglich gemacht werde, ihre verfassungsrechtlichen Pflichten zu erfüllen.

Am Regierungstisch sämtliche Minister.

Man behandelt sodann vier kleine Anfragen.

Minister Graf erklärt, die Behandlung der Anfrage Henne (D. b. P.) über eine süddeutsche Materialbeschaffungsstelle könne erst erfolgen, wenn die Erhebung abgeschlossen ist, was in kürzester Zeit der Fall sein wird.

Staatspräsident Dr. Hieber beantwortet die Anfrage des Abg. Vides (D. V.) betr. Errichtung einer staatlichen Darlehenskasse für Studierende. Die Erwägungen seien noch nicht abgeschlossen, ob zur Vinderung der Not mit staatlichen Mitteln eingegriffen werden kann. Bei der Haushaltsberatung soll die Gelegenheit erörtert werden.

Minister Dr. Schall erklärt auf die Anfrage der Abgeordneten Göhring und Kullgaber (Soz.) wegen Freimachung von Kaffee aus Heeresbeständen, daß in Ulm tatsächlich 2000 Zentner Kaffee in Lagern der Heeresverwaltung untergebracht sind. Ueber diesen Kaffee verfügt ausschließlich das Reichsfinanzministerium: Eine Freigabe für die Zivilbevölkerung kann nicht erfolgen.

Auf eine weitere Anfrage des Abg. Barnholt (D. b. P.) wegen Kriegsanleihschreibungen bei den Verwertungsstellen erklärt Minister Dr. Schall: Das Reichsfinanzministerium hat im Mai 1919 eine Nachprüfung sämtlicher Verwertungsstellen, insbesondere auch auf das Vorliegen derartiger Kriegsanleihschreibungen angeordnet. In Württemberg wird diese Nachprüfung durch die Erfassungsabteilung Württemberg des Reichsfinanzministeriums im Benehmen mit der Kriminalabteilung des Landespolizeiamts vorgenommen. Sie hat zur Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten bei den Verwertungsstellen in Ulm und Oberndorf und zur Verhaftung einzelner Angehöriger der Verwertungsstelle Ulm geführt. Bei der Verwertungsstelle Ulm wurden Kriegsanleihen in Höhe von 8-900 000 Mark Kennwert, in Oberndorf von etwa 120 000 Mark Kennwert durch die Angestellten umgetauscht. Diese Unregelmäßigkeiten bilden je den Gegenstand einer gerichtlichen Voruntersuchung, außerdem ist über das Vermögen der Beschuldigten auf Antrag der Erfassungsabteilung Württemberg des Reichsfinanzministeriums der dingliche Arrest verhängt worden. Bei den Verwertungsstellen in Böblingen, Kochendorf und Ludwigsburg haben sich Unregelmäßigkeiten nicht feststellen lassen. Die Nachprüfung des Geschäftsbetriebs der Verwertungsstellen in Stuttgart und des Kraftwagenverwertungsamts in Untertürkheim ist noch nicht abgeschlossen. Die Untersuchung, der in dieser Weise sämtliche Verwertungsstellen in Württemberg unterstellt sind, wird auch auf das Geschäftsbereich der mittlereischen Stellen, die während der Demobilisierung Heeresgut zu Recht oder Unrecht verwertet haben, ausgedehnt werden.

Man geht sodann zur Generaldebatte zum Staatshaushaltplan. Finanzminister Liesching: Mit der Aufnahme des Staatshaushaltplans in diesem Hause kann man noch zufrieden sein. Ich bitte um die Unterstützung des Hauses in dem Bestreben, die Zahl der Beamten nicht höher anschwellen zu lassen. Die Befolgsordnung soll vorgelegt werden, wenn die neue Reichsbefolgsordnung verabschiedet ist. Bei den unteren Beamten wird eine Reihe von Verbesserungen eintreten. Die Teuerung macht es aber mit der Zeit unmöglich, die Löhne und Gehälter entsprechend zu steigern. Die Teuerung gefährdet den Weiterbestand von Staat und Reich. Viele Beamte sehen nur darin eine Härte, daß andere etwas mehr bekommen. Der württembergische Finanzminister hat sich durchweg an die Bestimmungen der Reichsbefolgsordnung gehalten. Er hat keine Schuld, daß Unstimmigkeiten bei der Einstufung in die Reichsbefolgsordnung vorlaken, namentlich bei Einreichung der Verkehrsbeamten, im besonderen der Sekretäre. Der vom würt. Landtag beschlossene 12. Nachtrag hat die Haltung der würt. Regierung außerordentlich erschwert. Liesching erklärt, daß er bei der demnächst stattfindenden Beratung in Berlin für die würt. Verkehrsbeamten eintreten werde. Das Gesetz über die Altpensionäre werde zurzeit im Reichsrat beraten. Von einer passiven Resistenz seitens einzelner Beamter sei dem Minister im Bereich des Finanzwesens nichts bekannt. Der Minister beleuchtet dann eingehend die Belehrung landwirtschaftlicher Agitatoren des Bauernbunds über die Abgabe der Steuererklärung zum Reichsnotopfer. Es sei so, daß infolge der Wünsche der Landwirte die Formulare später ausgegeben wurden, so daß die Frage Körners völlig deplaziert sei. Es ist falsch, wenn in der landwirtschaftlichen Presse es so dargestellt wird, daß die Landwirtschaft allein ihre Steuern (Reichsnotopfer) in Gold bezahlen müsse. Das Steuerzahlen sei eine gesetzliche und moralische Verpflichtung. Die Agitatoren des Bauernbunds veranlassen eine objektiv unrichtige Steuererklärung. Darin liegt eine strafbare Handlung. Bezüglich der Förderung der privaten Bautätigkeit auf Anregung des Abg. Möhler (Ztr.) durch Uebernahme einer staatlichen Garantie für Verzinsung und Amortisation und bezüglich der Frage des gemischt-wirtschaftlichen Betriebes für Salinen und Sittenerwerke könne im Ausschuß näher eingegangen werden. Bei der Rederei könnte eine Dividende nicht verteilt werden; bei Zeller und Smeltn (Schieferölvwerke) sei man jetzt zur Steinfabrikation aus den Rückständen übergegangen. Das Theatergesetz wurde als ein Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden bemängelt. Das Reich hat in der Selbstverwaltung der Gemeinden ebenso stark eingegriffen. Der Städtetag habe selbst bei den Teuerungszulagen für die städt. Beamten usw. einen Eingriff in die Selbstverwaltung gemäht. (Widerspruch des Abg. Mülberger.) Die Stuttgarter Stadtverwaltung hat erklärt, nicht weiter zu

gehen in ihren Beiträgen. Was dann geschehe mit dem Theater sei ihr gleichgültig. (Hört, hört!) Wir wollen das Landes-theater doch nicht ohne weiteres eingehen lassen. Wir von der Regierung sind auch mit einer Verständigung durch Vertrag zufrieden. Bezüglich der Schullasten fragte der Minister: Ist noch keiner Gemeinde der Gedanke gekommen, daß bei der unendlichen Verarmung und Verschuldung von Reich und Staat auch bei den Schulausgaben gespart werden muß, wenn in kleinen Städten alle Arten von Schulen vertreten sind, so ist das schön, wenn genug Geld da ist. Es entsteht dadurch auch ein Andrang zum Studieren, der zu den größten Bedenken Anlaß gibt. Wir müssen alles tun, um vom Studium abzuhalten. Der Staat kann nicht mehr neue Stellen schaffen. Die Erfüllung der Wünsche des Städtetags zum Lastenausgleichsgesetz würde den Staat mit 92 Millionen Mark belasten. Die Erhöhung der Grundkataster auf 300 Prozent würde mir 7 Millionen Mark einbringen. Es ist traurig, daß eine Körperschaft wie der Städtetag solche Forderungen an den verantwortlichen Minister stellt. Die Gemeinden sollen mit ihren Mitteln anfangen dürfen, was sie wollen. Diese Forderungen des Städtetags sind unmöglich. Die Spar-samkeit muß gemeinsam betrieben werden. Bindende Abmachungen müssen getroffen werden. Nur so sei es möglich, eine geordnete Wirtschaft in dieser verworrenen Zeit zu führen.

Abg. Kinckel (U. S. P. rechts) legt die Ursachen des Krieges dar und sieht alle Schuld der heutigen Verhältnisse in dem Kriege. Heute sei zu warnen, wo man Deutschland in einen neuen Krieg stürzen wolle. (Rufe: Zur Sache! Wo denn?) Imperialismus, Nationalismus und Kapitalismus seien schuld. Wir seien schon mitten im Bankrott. Wenn ein Privatmann so wirtschaften würde, hätte längst der Jude die Bude zugemacht. Er sei nicht gegen den Steuerabzug, aber das Existenzminimum sollte frei bleiben. Die Landwirtschaft komme bei der Steuer-gesetzgebung viel zu gut weg gegenüber dem Arbeiter und Beamten. Die Sozialisierung müsse durchgeführt werden, aber keine Verstaatlichung wie bei der Eisenbahn. (Zurufe: Ihr Sozialismus ist noch sehr unklar! Heiterkeit.) Die Staats-, Gemeinde- und Privatwaldungen müssen in den Besitz der Gesamtheit übergehen, aber nicht in eine Bewirtschaftung nach Art der heutigen. Der Staat ist heute das Instrument einer Klassenherrschaft. Die Einnahmen der Landwirtschaft überschreiten alle Einkünfte der Arbeiter und gleichen auch die Verluste durch Maul- und Klauenseuche bei weitem aus. Die Preßabteilung ist unnötig, wenn sie so unwahre Berichte wie bei den Unruhen in Ulm vermittelte.

Ein Antrag der Linken, hier abzubrechen, wird abgelehnt.

Abg. Müller-Beingarten (U. S. P. links): Namens meiner Partei erkläre ich, daß wir den Etat ablehnen. Wir lehnen es auch ab, an der Erhaltung der heutigen Gesellschafts-anarchie mitzuarbeiten. Eine Besserung ist unmöglich. (Zurufe: Sehen Sie nach Moskau und werden Sie General!) Ihre Behauptung, wir seien Zerförer, ist bewußte Zersöhnung. Wir bleiben nicht auf halbem Wege stehen. (Andre: Sie schlagen alles zusammen!) (Für kurze Zeit übernimmt Alterspräsident Sommer den Vorsitz.) Hinter Ihren Drohungen steht der bleiche Schrecken. (Oh! Minister Graf: Das werden wir ja sehen!) Dieser Staatshaushaltplan ist eine fata Morgana. (Lachen.) Ja, lachen Sie nur, spötteln Sie nur, es wird Ihnen noch vergehen! (Große Heiterkeit.)

Abg. Müller (U. S. P.) fährt fort in der Besprechung der Einzelstats vor beinahe leerem Hause. Am besten von allen Staatsbeamten komme der ehemalige König weg mit seinen 200 000 Mark. Während des Bestands der Monarchie kostete sie im Jahre 1918 3,1 Millionen Mark, im diesjährigen Etat sei für die nicht mehr bestehende Monarchie ein Aufwand von 3,4 Millionen Mark erforderlich. Die Kosten für die Berliner Gesandtschaft könne man sparen. Telephon und Gilbrief würden es besser machen. Daß heute eine brutale Klassenjustiz herrsche, das zeige der Zustizetat. (Zurufe: Und Sie in Rußland!) Bei den weiteren Ausführungen des Redners kommt es vielfach zu stürmischen Zwischenrufen der noch wenigen anwesenden Abgeordneten. Schluß der Sitzung: gegen 9 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 9 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Generaldebatte.

### Kirchliche Nachrichten.

#### Evangelische Gottesdienste.

23. Sonntag nach dem Dreieinigkeitsfest, 7. November. Vom Turm: 431. Predigtlied: 336 „Ich steh in meines Herren Hand“. 9½ Uhr: Predigt, Stadtpfarrverweser Gschwend. 1 Uhr: Christenlehre, Söhne der älteren Abteilung. 5 Uhr: Abendpredigt im Vereinshaus, Missionar Schaible. Donnerstag, 11. November: Abends 8 Uhr Bibelstunde im Vereinshaus, Stadtpfarrverweser Gschwend.

#### Katholischer Gottesdienst.

Sonntag, den 7. November. 8 Uhr: Frühmesse, ¼ 10 Uhr: Predigt und Amt, 2 Uhr: Andacht. Montag, 8. November: Gottesdienst in Liebenzell.

#### Gottesdienste der Methodisten-Gemeinde.

Sonntag, den 7. Nov. Vorm. ¼ 10 Uhr: Predigt, Flößer. 11 Uhr: Sonntagsschule. Abends 5 Uhr: Predigt, Raichle. Mittwoch, 8. Nov. Bibelstunde, Flößer. St. Amheim. Vorm. 10 Uhr: Predigt, Raichle. Nachm. 2 Uhr: Predigt, Raichle. Mittwoch 8 Uhr: Bibelstunde, Raichle.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Sellmann, Calw. Druck und Verlag der A. Schläglerschen Buchdruckerei, Calw.

#### Reklameteil.

Die moderne Zahnkultur empfiehlt ständigen Gebrauch von Zahnwoll

